

AM 27.11.:

NEIN ZU STUTTGART 21, JA ZUM AUSSTIEGSGESETZ!

Warum die Volksabstimmung Verarschung ist, wir aber trotzdem mitmachen müssen!

Wir wissen, dass die sogenannte Volksabstimmung am 27. November Stuttgart 21 nicht verhindern wird. Die Hoffnungen der S21- Mafia, damit den Widerstand zu delegitimieren, werden allerdings auch nicht erfüllt werden.

Warum die Volksabstimmung nicht demokratisch ist!

Die Forderung der Bewegung war immer, dass die Menschen über ihre Geschicke bestimmen. Es ging aber darum, dass die Menschen in Stuttgart über ihren Bahnhof abstimmen und in Baden-Württemberg über die Neubaustrecke abgestimmt wird. Dazu kommt, dass die gesetzlichen Grundlagen in der Landesverfassung erfolgreiche Volksabstimmungen auf Grund des hohen Quorums von einem Drittel aller Wahlberechtigten, die sich für die Forderung aussprechen müssen, so gut wie unmöglich machen. Das erweckt schon den Eindruck, als ob hier eine Abstimmung inszeniert wird, die nur dazu dient, eine demokratische Legitimation zu simulieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass man kaum von „Waffengleichheit“ sprechen kann. Es gibt eine Widerstandsbewegung in Stuttgart, der eine Übermacht aus Unternehmen, Politikern und Medien entgegensteht. So fährt z.B. nach wie vor ein S21- Werbebus durchs Ländle, der von unseren Steuergeldern bezahlt wird. Der Widerstand muss sich selbst finanzieren.

Ausstiegsgesetz?

Vorgelegt zur Abstimmung wird ein Ausstiegsgesetz aus der Finanzierungsvereinbarung. Das heißt also, es wird nicht über S21 abgestimmt, sondern nur über den Beitrag des Landes dazu. Damit wäre das Projekt zwar arg behindert, aber eben nicht verhindert. Außerdem muss die Landesregierung, bevor sie aus der Finanzierung mittels Volksabstimmung aussteigen will, erst mal klären, ob die Finanzierung überhaupt verfassungsgemäß ist.

Dazu wäre die Einstellung der Zahlungen notwendig, da die Bahn dann klagen müsste und in diesem Verfahren die Rechtmäßigkeit der Finanzierung geklärt würde. Ganz zu schweigen vom Kostendeckel, den die Landesregierung sich auferlegt hat. Fast wöchentlich werden die Rechnungen der Bahn nach oben korrigiert. Wenn man die alten Zahlen des Bundesrechnungshofs nimmt und sich nicht auf die bahninternen Berechnungen verlässt, dann hätte man das Projekt schon längst kippen müssen.

Die Volksabstimmung nutzen!

Die Volksabstimmung allein wird S21 nicht verhindern, sondern nur der massenhafte Widerstand auf der Straße. Wir werden aber die Etappe bis zur Volksabstimmung nutzen müssen und möglichst Viele von unseren Argumenten überzeugen und mitnehmen.

Dabei kommt es darauf an, dass wir die Vielzahl an Interessen, Einstellungen und Aktionsformen gegenseitig respektieren und uns nicht spalten lassen. Wichtig sind alle, die sich am Widerstand beteiligen, ob bei den Blockaden, bei den Mahnwachen oder Demos, oder ob sie nur einen Aufkleber am Auto haben.

Der Widerstand bleibt!

Notwendig ist, dass wir bei der Volksabstimmung in der Region Stuttgart die Mehrheit gegen S 21 gewinnen und damit die Legitimation für unseren Widerstand sichern. Wir werden auch im neuen Jahr der Bahn und den Konzernen aktiv entgegenzutreten müssen, denn nur so werden wir sie mit ihren Profitinteressen in die Schranken weisen können.



www.dkp-bawue.de

Extra der Deutschen Kommunistischen Partei Baden-Württemberg

DKP

Aufruf zur Gründung des Landesbündnisses zur Volksabstimmung für das Ausstiegsgesetz aus der Finanzierung von Stuttgart 21!

Wir sagen Ja zum Ausstieg!

Ende 2011 findet die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg statt. Dies ist ein historischer Tag, denn endlich können die Bürgerinnen und Bürger über ein Sachthema direkt entscheiden. Diesen Erfolg hat Baden-Württemberg vor allem der immer stärker werdenden Bürgerbewegung zu verdanken, die bereits die Regierung von Stefan Mappus zu Fall gebracht hat.

Jetzt haben zahlreiche Organisationen das Landesbündnis für den Ausstieg aus Stuttgart 21 gegründet. Dazu haben sich örtliche und überörtliche Initiativen, Fach- und Umweltverbände, Parteien und Deutscher Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen. Uns eint der Kampf für mehr Demokratie und gegen die Verschwendung von Steuermilliarden für ein unsinniges Bahnprojekt, das unserem Land großen Schaden zufügen würde. Denn das Geld, das in Stuttgart verbaut werden soll, fehlt für andere wichtige Aufgaben im ganzen Land, für eine bessere Bildung oder die Umsetzung der Energiewende, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das Geld fehlt aber auch für den Ausbau der Bahninfrastruktur, die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen, den Ausbau der Rheintalstrecke und der Gäubahn nach Singen, sowie für viele andere Verbesserungen, die die Bürgerinnen und Bürger seit Jahren fordern. Stuttgart 21 gefährdet damit die Zukunftsfähigkeit des Bahnverkehrs eines ganzen Bundeslandes.

Die Bahn AG und die Bundesregierung als ihre Eigentümerin hätten das Milliardenprojekt deshalb längst stoppen müssen.

Wir wollen mit unserer Kampagne ein starkes Signal für mehr Demokratie und für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Steuern setzen. Es muss endlich Schluss sein mit Intransparenz und Basta-Politik.

Unser Ziel ist eine Mehrheit zum Ausstiegsgesetz. Damit hätten wir einen weiteren wichtigen Schritt in unserem Kampf gegen Stuttgart 21 erreicht, denn je größer diese Mehrheit sein wird, desto weniger können wir ignoriert werden.

Wir appellieren deshalb an die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sich unserer Kampagne anzuschließen. Gründen Sie Initiativen und Bündnisse vor Ort oder unterstützen Sie die vielen bestehenden Gruppen. Sagen Sie Ja zum Ausstieg!

Organisationen, die sich uns anschließen möchten, können sich melden unter mitmachen@ja-zum-ausstieg.de oder (0711) 6691-227

Gute Gründe gegen Stuttgart 21!

Stuttgart 21 schadet der Bahninfrastruktur im ganzen Land. Was von den Befürwortern des Erhalts des Kopfbahnhofs in Stuttgart immer gesagt wurde, bestätigt sich nun in dramatischer Weise: Der Preis für S-21 für Baden Württemberg ist hoch, nicht nur in Bezug auf den Landesanteil der Finanzierung von S-21.

Baden Württemberg – In Sachen Eisenbahn ein Entwicklungsland

Im jetzt bekannt gewordenen Investitionsrahmenplan für die Bahn bis zum Jahr 2015 stehen null Cent für Baden-Württemberg. Kein einziges noch so dringendes Infrastrukturprojekt in unserem Bundesland wird in dieser Zeit auch nur geplant.

Die ganze Region um den Bodensee wird mindestens bis 2015 aufs Abstellgleis gestellt. Nichts für die Elektrifizierung der Südbahn und nichts für den Ausbau der Gäubahn. Damit wird auch der Staatsvertrag von Lugano aus dem Jahre 1996 gebrochen, der vorsah bis 2012 die Reisezeit von Zürich nach Stuttgart auf zweieinviertel Stunden zu verkürzen. Im Jahre 2012 soll die Strecke wegen Ausbesserungsarbeiten für 1 1/2 Monate komplett gesperrt werden. Auch bleiben sämtliche eingleisige Strecken auf Jahre bestehen.



Auch den Verpflichtungen für den Ausbau der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung Europas, der Rheintalschiene, kommt die Bahn nicht nach. Während in der Schweiz der Gotthard-Basistunnel 2016 eröffnet wird, hat die Deutsche Bahn noch nicht einmal begonnen, ihre Hausaufgaben zu machen. Hier gibt es bereits heute Engpässe im Güterverkehr und das wird in den nächsten Jahren noch zunehmen, spätestens mit der Eröffnung des Gotthardbasistunnels. Und die Menschen im Rheintal werden weiterhin auf Jahre von den lauten Güterzügen belästigt, weil auch notwendige Lärmschutzmaßnahmen nicht kommen werden. Ganz zu schweigen vom Bau alternativer Strecken.

Die Bahn müsste die rund 750 Mill € aus dem Schienennetz erwirtschafteten Gewinne auch wieder in den Ausbau des Schienennetzes und der Bahninfrastruktur investieren und nicht damit in ganz Europa Verkehrsgesellschaften aufkaufen.

Stuttgart 21 verhindert eine vernünftige Bahn-Infrastruktur in Baden-Württemberg. Bereits heute ist bekannt, dass nach dem Bau von Stuttgart 21 zahlreiche Züge und Verbindungen im

öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg entfallen werden bzw. es wesentlich unattraktivere Umsteigemöglichkeiten geben wird. Ein Integraler Taktfahrplan ist in dem mit nur noch 8 Gleisen dann halbierten Durchgangsbahnhof nicht mehr möglich. Stuttgart 21 ist ein reines Projekt der Banken und Immobilienspekulanten. Es geht einzig um die frei werdenden Flächen des Gleisvorfeldes des heutigen Bahnhofes.

Die Kostenlüge

Die Kosten für das angeblich bestgeplante Projekt laufen davon. Laut Spiegel hat die Bahn seit 2002 die Kosten für Stuttgart 21 geschönt. Als das Projekt „demokratisch“ beschlossen wurde, wurden die Parlamente und die Bevölkerung über die Kosten getäuscht, Risiken und unliebsame Fakten wurden unterdrückt, bis hin zum Brief an den Bahnvorstand mit den 121 Risiken vom früheren Bauleiter der Bahn Hany Azer. Bei normalen Geschäften sind Verträge die so zustande kommen nichtig und es kann nicht zu irgendwelchen Forderungen für Ausstiegskosten kommen, wie die von Herrn Grube immer behaupteten 1,5 Mrd. €. In einem bahninternen Geheimpapier wird von gerade mal 73 Mill. € ausgegangen und eine Modernisierung des bestehenden Kopfbahnhofs wird da mit 340 Mill. € Veranschlagt.



Die Verfassungsmäßigkeit der Mischfinanzierung von S-21 ist ebenfalls nicht geklärt. Prof. Hans Meyer, ein bekannter Staatsrechtler hat, in einer umfangreichen Studie dargelegt, dass Fernbahnhöfe und Fernbahnstrecken zu den alleinigen Aufgaben des Bundes gehören und deshalb nicht von Ländern, Kommunen oder Regionalverbänden mitfinanziert werden dürfen. Das gehört eigentlich vor einer Volksabstimmung verfassungsrechtlich geklärt.

Bahnchef Grube hat daher nach "Einsparungen" im Dezember 2009 die "offiziellen Kosten" mit 4,1 Milliarden Euro beziffert; zur Abdeckung von Bau- und sonstigen Risiken verbleiben von ursprünglich 1,5 Milliarden Euro gerade noch 400 Millionen Euro. Gesenkt wurden die Kosten laut DB durch nicht näher beschriebene "Optimierungen" (ca. 300 Millionen Euro) und durch Einsparungen bei den Tunnelwanddicken. Fachleute argwöhnen, dass der veranschlagte Gebirgsdruck aus Kostengründen zu niedrig angesetzt wurde. Es wäre nicht

der erste Tunnel, der sofort nach Eröffnung geschlossen und generalsaniert werden müsste, weil man die Tunnelwände zu gering dimensioniert hatte. Wie "Optimierungen" aussehen können, war einer Ausschreibung für Tunnelbauarbeiten zu entnehmen: Das Baugrundrisiko wollte die DB auf die ausführenden Firmen abwälzen. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat daraufhin reagiert - keine einzige Firma hat sich auf die Ausschreibung beworben.

Die Arbeitsplatzlüge

24.000 Arbeitsplätze für die Region Stuttgart, so wurde es vollmundig in bunten Hochglanzbroschüren angekündigt. Auch hier funktionierte die Spätzle-Connection: IHK, der Stuttgarter OB, Vorstände und Betriebsratsvorsitzende der Automobilkonzerne Hand in Hand. Doch im Sommer 2011 wurde auch diese Luftblase vom renommierten IMU-Institut zum Platzen gebracht. Stuttgart 21 ist kein Jobmotor, der Arbeitsplatzeffekt ist gering und die wenigen neuen Arbeitsplätze können genauso auch mit der Alternative Kopfbahnhof 21 realisiert werden.

Pressemitteilung des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit vom 28.9.2011

Einstellung aller Verfahren gegen S21-Gegner/-innen

Das Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit beginnt anlässlich des ersten Jahrestages des sogenannten „Schwarzen Donnerstags“ mit einer Unterschriftensammlung für die „Einstellung aller Verfahren gegen Stuttgart 21 Gegner/-innen“ und eine „Amnestie für alle bisher Verurteilten“.

Die Unterschriftensammlung stellt einen Teil der im Herbst laufenden Kampagne für ein fortschrittliches Versammlungsgesetz dar. Für November kündigt das Bündnis ein „Forum für Versammlungsfreiheit“ an.

Bündnissprecher Thomas Trüten erklärt die Intention der Kampagne: „Es ist höchste Zeit, dass die grün-rote Landesregierung ihre Wahlversprechen auf mehr Demokratie und bürgerfreundliche Gesetzgebungen in die Tat umsetzt. Die fortlaufende Kriminalisierung von demokratischem Engagement muss beendet werden!“

Die Unterschriftenliste kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.versammlungsrecht.info/neu/files/bfv-kfv-unterschriftenliste.pdf>

Wir machen Euch Stress!

Pläne, Tests, Gutachten oder der plötzliche Rücktritt von Projektmanagern nutzen Bahnchef Grube und die restliche S21-Mafia nur, um weiter öffentlich die Gebetsmühle der Unumkehrbarkeit zu leiern. Wenn das nicht reicht, ruft SPD Fraktionschef Schmiedel den lieben Gott oder den Weingeist an. Die große Mehrzahl von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen haben sich dem S 21- Kartell angeschlossen und berichten äußerst unausgewogen:

Während des angeblichen Baustopps werden Blockaden vor Baustellen geräumt und die Medien zweifeln nicht am Baustopp. Das Grundwasser macht nicht das, was in den bestgeplanten Vorlagen der Bahn vorgesehen ist und es ertönt kein Aufschrei. Die Bahn schafft es nicht, zentrale Aufträge zu vergeben (Nesenbach-Düker) und möchte für diesen Baustopp 50 weitere Millionen € von uns.

Und dann wird das Gelände besetzt, das am 30.9. mit brutaler Gewalt geräumt und anschließend rechtswidrig gerodet wurde, und die Medien versuchen die Bewegung in friedliche und angebliche Krawallmacher zu spalten. Die Polizei-Krawallmacher vom 30.9. machen bis heute unbehelligt ihren „Dienst“.

Dahinter steckt System

Wenn sich der Manager eines nach wie vor bundeseigenen Unternehmens so aufführen kann, muss er Rückendeckung von ganz oben haben. Merkel und Co. wollen S21, aber nicht nur um dem vermeintlichen politischen Gegner zu schaden. Sie machen ihre Politik im Interesse der großen Konzerne und Banken. Diese sind es, die letztendlich das große Interesse an der Zerstörung der Stuttgarter Innenstadt haben. Da gibt es nämlich riesige Profite für Immobilienspekulanten und Baukonzerne zu gewinnen. Da gilt es ein riesiges Areal im Innenstadtbereich für die großen Einkaufskonzerne und die repräsentativen Interessen umzugestalten. Und letztendlich wird versucht mit der einseitigen Ausrichtung der Bahn auf Hochgeschwindigkeit dem Auto eine umweltverträgliche Konkurrenz zu zerstören.

Und was macht die neue Landesregierung?

Natürlich verhindert sie Stuttgart 21 nicht. Das kann man von ihr nicht erwarten. Der Stresstest für die Landesregierung wird ihr Verhalten gegenüber unserem legitimen Protest werden. Lässt sie die Polizei den Knüppel schwingen, wenn sich die Stuttgarter schützend vor ihre Bäume oder den Südfügel setzen?



Stuttgart 21 muss von uns verhindert werden. Nicht nur, damit wir einen sinnvollen Bahnhof und einen heilen Park haben, sondern damit sich in Stuttgart und im Rest von Deutschland das

Kräfteverhältnis verschiebt. Denn überall stehen den Profitinteressen der großen Konzerne und Banken die Bedürfnisse der Menschen entgegen. Damit kann Stuttgart zu einem Beispiel werden, das hoffentlich viele Nachahmer finden wird.



Grundsätzliche Alternativen müssen her!

In Stuttgart zeigt sich in den vergangenen Monaten, dass die Menschen bereit sind, für ihre Stadt zu kämpfen und sie nicht den Profitinteressen der Kapitalisten zu überlassen. Als Kommunisten unterstützen wir diese Bemühungen. Wir wissen aber auch, dass die Kapitalisten und ihre Verbündeten in Politik und Medien sehr mächtig sind. Wir brauchen eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative, die die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt, wenn wir nicht ständig gegen ihr Profitinteresse ankämpfen wollen. Diese neue Gesellschaft wird durch den Kampf der Mehrheit der Menschen, vor allem der arbeitenden Menschen geschaffen. Sie wird das Privateigentum an den wichtigen Produktionsmitteln aufheben, um die gesellschaftliche Produktion im Interesse der Menschen und der Umwelt zu planen. Dadurch wird sich auch eine vollkommen neue Form der Demokratie entwickeln. Wir nennen diese Gesellschaft Sozialismus.

Ja, ich will:

mehr Infos über die DKP und ihr Programm

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ / Ort:

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:

DKP Baden-Württemberg, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
info@dkp-bw.de